



Worauf es ankommt

**2.-4. April 2025**  
Congress Center Rosengarten  
**Mannheim**

## **Sorge und Pflege in kommunaler Verantwortung**

**Verantwortlich:** BAGSO e.V.

### **Mitwirkende:**

- Marc Elxnat, Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Prof. Dr. Andreas Kruse, kooptiertes Vorstandsmitglied der BAGSO
- Dr. Angela Postel, Referatsleitung Pflege im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg
- Dr. Irene Vorholz, Deutscher Landkreistag
- Thomas Scheppe, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Daun

**Moderation:** Dr. Hermann Allroggen, BAGSO-Vorstand

Im Rahmen der Veranstaltung „Sorge und Pflege in kommunaler Verantwortung“ begrüßte BAGSO-Vorstandsmitglied Hermann Allroggen die ca. 200 Teilnehmenden, darunter den ehemaligen BAGSO-Vorsitzenden Franz Müntefering sowie die Podiumsgäste. Er übergab das Wort an Prof. Dr. Andreas Kruse, Senior Professor Distinctus der Universität Heidelberg und Vorsitzender der Altersberichtscommissionen der Bundesregierung von 2003 bis 2020. In seinem Vortrag thematisierte Prof. Dr. Andreas Kruse die zentralen Ergebnisse des Siebten Altenberichts, u.a. die erforderliche Stärkung der kommunalen Politik für ältere Menschen im Sinne eines Aufbaus von „sorgenden Gemeinschaften“. Dabei knüpfte der Siebte Altenbericht an den Grundsatz der Subsidiarität an: Bedarfe nach Unterstützung, Versorgung und Pflege sollten dort erkannt und gedeckt werden, wo sie entstehen. Die Sorgeleistungen seien so besser an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet. Kommunen müssen so ausgestattet werden, dass

sie die Aufgaben in den Bereichen Sorge, Pflege und Partizipation übernehmen und gestalten (d.h. proaktiv innovative Ansätze ergreifen) können. Ein bedeutsamer Lösungsansatz ist der Einbezug des bürgerschaftlichen Engagements, das jedoch professionell (durch die Kommunen) gefördert und begleitet werden muss.

Prof. Dr. Andreas Kruse betonte in seinem Vortrag auch die Rolle der Rehabilitation. Es gelte, Pflegebedürftigkeit als hochdynamischen Prozess und als keinen totalitären Zustand zu verstehen. Der pflegebedürftige Mensch weist rehabilitative Potenziale auf, die es zu nutzen gilt, um einen Beitrag zur Stärkung der Autonomie und Lebensqualität zu leisten.

In der anschließenden Podiumsdiskussion debattierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und kommunaler Praxis zu Fragen rund um das Thema „Sorge und Pflege in kommunaler Verantwortung“. In der Diskussion wurde deutlich, dass es bereits viele engagierte Kommunen gibt, die lokale Lösungen für ältere und pflegebedürftige Menschen im Sinne von sorgenden Gemeinschaften initiieren, ein nachhaltiger Strukturaufbau jedoch meist aus Mangel an finanziellen Ressourcen nicht gelingt. Die starke kommunale Ressourcenbegrenzung führe auch dazu, dass die Diversität des Alters gar nicht abgebildet werden kann. Zudem sei das Abrufen von verfügbaren Fördermitteln oft sehr bürokratisch.

In Bezug auf die Pflege wurden von den Teilnehmenden verschiedene Handlungsbedarfe angesprochen, u.a. eine verbindliche Pflegebedarfs- und Altenhilfeplanung auf kommunaler Ebene und eine Verpflichtung der Kassen, diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu berücksichtigen, eine Kompetenzerweiterung für Pflegefachkräfte und eine Umverteilung der in SGB XI festgelegten Verantwortlichkeiten seitens des Bundesgesetzgebers. Insbesondere die aktuelle Rolle der Pflegekassen wurde von vielen Podiumsgästen kritisch betrachtet und eine überfällige grundlegende Reform gefordert.